

Antony C. Sutton, *Western technology and Soviet economic development 1917 to 1930*, Hoover Institution Press, Stanford, California 1968, 381 S.; *Western technology and Soviet economic development, 1930 to 1945*, Hoover Institution Press, Stanford, California 1971, XX, 381 S.

Neben dem quantitativen Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital hängt das wirtschaftliche Wachstum maßgeblich von der Einführung des technologischen Fortschritts in die Produktion ab. Neue Technologie kann in der nationalen Wirtschaft entwickelt oder vom Ausland übernommen werden. Seit der industriellen Revolution in England ist die internationale wirtschaftliche Entwicklung durch technische Entwicklungsgefälle charakterisiert. In den technisch fortschrittlicheren Produktionsweisen führende Nationen versorgen die Nachzügler im Industrialisierungsprozeß mit Neuerungen. So hat auch Deutschland im frühen 19. Jahrhundert in erheblichem Umfang Verfahrenstechniken und neue Maschinen importiert. Das rasche industrielle Wachstum Rußlands vor 1914 wäre ohne die Übernahme ausländischer Technologie nicht möglich gewesen. Für den Zeitraum seiner Untersuchung (1917 bis 1945) stellt A. C. Sutton fest, daß der technische Fortschritt in der Sowjetwirtschaft mit Ausnahme weniger eigener Innovationen vom Transfer aus westlichen Industriestaaten abhängig war. Nach der Ansicht des Verfassers ist die Sowjetunion dasjenige Land, das im größten Umfang Neuerungen vom Ausland übernommen hat. Dieses Urteil wäre allerdings noch mit komparativen Daten zu belegen.

Das Vehikel für den Transfer des technischen und Wissensfortschritts des Auslandes in die Sowjetunion war in der Periode von 1917 bis 1930 in erster Linie das der Konzessionsbetriebe, während für die Zeit von 1930 bis 1945 Verträge mit ausländischen Firmen über technische Hilfe in den Vordergrund traten.

Um den Beitrag ausländischer Technologie für das sowjetische Wirtschaftswachstum abschätzen zu können, hat A. C. Sutton in einem beachtlichen Ausmaße detaillierte Informationen zusammengetragen: im ersten Band seiner Untersuchung Angaben über hunderte von Konzessionen und in Band 2 in durchaus entsprechendem Umfang Daten über technische Beistandsvereinbarungen. Industriezweig für Industriezweig wird auf den Einfluß ausländischer Technologie hin untersucht und eine Rangskala des Auslandseinflusses, bewertet in v. H.-Anteilen, aufgestellt. Für den Zeitabschnitt von 1917 bis 1930 ist das Ergebnis das folgende: Es ließ sich kein bedeutender Produktionsprozeß ohne West-Ost-Technologie-Transfer feststellen. Das Eindringen ausländischer Technologie — bevorzugt wurde die der USA und Deutschlands — in die sowjetische Wirtschaft war komplett (I, S. 340). Für die Jahre von 1930 bis 1945 ordnet der Verfasser sektorale Zuwachsraten der Sowjetwirtschaft der unterschiedlichen Intensität ausländischen technischen Beistands, die gleichzeitig die Präferenzen der zentralen Planung wiedergibt, zu. Danach waren Sektoren mit niedriger Zuwachsraten solche mit geringem technischen Beistand des Auslandes und die mit hoher Wachstumsrate auch diejenigen, die intensive technische Auslandshilfe erhielten. Aus den Untersuchungsergebnissen wird der Schluß gezogen, daß das Wachstum der sowjetischen Wirtschaft zwar nicht ohne den extensiven Einsatz von Arbeit und Kapital zu erklären ist, der Hauptfaktor jedoch die aus dem Ausland übernommenen Verfahrenstechniken, neuen Produkte und Produktionsverfahren gewesen seien (I, S. 4, II, S. 339).

Diese Schlußfolgerung könnte natürlich methodisch kritisiert werden. Denn die Menge von Einzelheiten, die der Verfasser über die verschiedenen Konzessionen und technischen Beistandsverträge ausbreitet, gibt zwar einen Eindruck vom außerordentlich starken Einfluß ausländischer Produktionstechnik, sie kann aber nicht das Urteil über deren entscheidenden Wachstumsbeitrag belegen. Das wäre nur auf der Grundlage von Berechnungen über die Zuwachsraten der Produktion, die auf der Grundlage aus-

ländischer Technologie erzielt wurden, möglich. Der Auslandsanteil am Wachstumsbeitrag des technischen Fortschritts wird zwar nicht direkt bestimmbar sein, der Verfasser bietet jedoch auch keine indirekten Meßverfahren, wie den v. H.-Anteil des technischen und organisatorischen Wissensbeitrages des Auslandes am gesamten Einsatz technischen und organisatorischen Wissens bzw. den Kapitalgüterimport in v. H. der Gesamtinvestition an. Wenn man von der technologischen Importabhängigkeit der Sowjetwirtschaft ausgeht, wäre eine hohe Korrelation zwischen Investitionen und Maschinenimporten zu erwarten. Aufgrund von Bewertungsproblemen besitzen allerdings auch solche Analysen nur eine eingeschränkte Aussagefähigkeit. Der Rezensent neigt deshalb der Ansicht des Verfassers zu, daß nicht die präzise Bestimmung von Größenordnung und Einfluß des technischen Fortschritts des Auslandes, sondern die Richtung des Argumentes entscheidend sei (II, S. 339, Fußnote), ist aber der Ansicht, daß dann keine dezidierte Feststellung über den entscheidenden Wachstumsbeitrag westlicher Technologie gemacht werden sollte.

Es stellt sich die Frage, wie die Sowjetwirtschaft die transferierte Technologie absorbiert hat. Hat sich das hohe technische Niveau, das sie übernahm — auf der Grundlage eines ausgefeilten Dokumentationswesens waren ausnahmslos die fortschrittlichsten Produktionen ausgewählt worden — weiterentwickelt und im internationalen Vergleich zumindest halten können? Das ist nach der Analyse Suttons nicht der Fall. Der Befund: Mit wenigen Ausnahmen konnten für den Zeitraum der Untersuchung keine eigenständigen Innovationen in der Sowjetwirtschaft festgestellt werden. Der Befund ist um so erstaunlicher, weil er nicht nur für Kohleförderungsverfahren, Petroleum-, Chemie-, Traktoren- und Automobilindustrie, wo jeweils der neueste technische Fortschritt übernommen wurde, gilt, sondern auch für die Stahlerzeugung — obwohl dieser in der Rangskala der geförderten Sektoren von der sowjetischen Führung bekanntlich hohe Priorität eingeräumt wurde. Der Verweis auf Japan, das ebenfalls in großem Umfang den technischen Fortschritt anderer Volkswirtschaften übernahm, aber einen raschen Übergang zu eigenständiger Entwicklung vollzog, liegt nahe. Japan ist heute selbst Neuerungszentrum, das von der Sowjetunion um technische Hilfe angegangen wird.

Bei einem solchen Vergleich wird man allerdings auch die spezifische sowjetische Entwicklungsstrategie und das ihr dienende Wirtschaftslenkungssystem nicht außer acht lassen dürfen. Zu ihr gehörte — und gehört noch — die sehr effektive Auswertung des ausländischen technischen Fortschritts, dessen Standardisierung und Vervielfältigung durch neue, gigantische Betriebe bzw. durch »Hineinpumpen« in den Produktionsbereich vermittels eines für den Betrieb verbindlichen Kennziffersystems, weniger die Neuentwicklung, die eigenständige Innovation. Das wird auch von Sutton angedeutet (II, S. 328). Unter diesem Gesichtspunkt ist dem Verfasser zuzustimmen, wenn er feststellt: »[...] The soviet road to development will not work without cooperative capitalist neighbours with advanced technology which can be introduced into the socialist system« (II, S. 339).

Zentrales Wirtschaftslenkungssystem und Industrialisierungsstrategie der Sowjetunion gehören zusammen. Das Verfahren der Anwendung der Technologie nach zentralen Richtlinien bietet durchaus Vorteile dort, wo der technische Fortschritt schon wegen der Größe der Investitionen vorwiegend in großen Schritten erfolgt. Das gilt z. B. dann, wenn in der Stahlindustrie auf ein bestimmtes neues Erzeugungsverfahren übergegangen wird, wenn die Eisenbahn elektrifiziert oder ganze Produktionsanlagen, z. B. der Chemie, neu erstellt werden. Anders ist es in der verarbeitenden Industrie mit ihrer differenzierten Produktion. Hier erweist es sich von Nachteil, daß im System den Betrieben kein Spielraum für die eigenständige Weiterentwicklung der Produktions-

technik verblieb. Trotz verschiedener Modifikationen des in den 30er Jahren entwickelten Wirtschaftslenkungssystems, im besonderen durch die Reform von 1965, konnte die immer noch relativ geringe Innovationsneigung der Sowjetwirtschaft nicht verbessert werden, so daß auch weiterhin von einer ausgeprägten technologisch bedingten Importabhängigkeit ausgegangen werden kann.

Jürgen Nötzold

Friedrich von Berg als Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1918. Erinnerungen aus seinem Nachlaß, bearb. von Heinrich Potthoff (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 7), Droste Verlag, Düsseldorf 1971, 234 S., Ln., 58 DM.

Heinrich Potthoff, der Bearbeiter des vorliegenden Bandes, gibt einen prägnanten Überblick über Geschichte, Struktur und Aufgaben des Geheimen Zivilkabinetts und skizziert die biographischen Daten Friedrich von Bergs, um dann dessen Erinnerungen aus seinem Nachlaß sprechen zu lassen.

Das Geheime Zivilkabinett hatte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend zu einer selbständigen Institution entwickelt, welche auf der Basis ihres Immediatvortragsrechts eine »Mittlerfunktion zwischen Monarch und Ministern, Behörde und Staatsvolk« wahrnahm. Seit dem Sturz Bismarcks spielte das Zivilkabinett eine immer größere Rolle und stieg unter der schwächer werdenden Reichsleitung zu einem politischen Beraterorgan auf. Die Aufgaben des Zivilkabinetts, dessen Leiter auf Grund eines kaiserlichen Erlasses vom Jahre 1872 die Bezeichnung »Chef des Zivilkabinetts« führte, waren mannigfaltig: Vorlegung aller Immediatberichte des Reichskanzlers, der Reichsämtler, der preußischen Minister und des Statthalters von Elsaß-Lothringen, sofern sie Angelegenheiten der inneren Politik betrafen. Das Arrangieren von Kaiserreisen und die Abfassung von Konzepten für Reden des Kaisers fielen ebenfalls in den Bereich des Zivilkabinetts. Dem Chef des Zivilkabinetts oblag es, dem Kaiser die Akten persönlich vorzulegen oder über deren Inhalt zu referieren. Großen Einfluß übten die Chefs des Zivilkabinetts bei der Besetzung führender Positionen der preußischen Bürokratie und der Reichsleitung aus. Ihre Macht beruhte jedoch wesentlich auf dem Einfluß ihrer Persönlichkeit, wie es die Person eines der eigenwilligsten Leiter, Friedrich von Berg, zeigt.

Von Berg, geborener Ostpreuße, studierte Jura, wurde Mitglied des Corps Borussia, dem auch Wilhelm II. angehörte, diente sechs Jahre lang im Militär, wurde Landrat in Ostpreußen und erhielt die Ernennung zum Vortragenden Rat des Geheimen Zivilkabinetts. Im Jahre 1909 übernahm er die Stelle des Landeshauptmanns des ostpreußischen Provinziallandtags und wurde im Jahre 1916 zum ostpreußischen Oberpräsidenten ernannt. Während von Bergs Aufstieg hatte sich zwischen ihm und dem Kaiser ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt, welches sich während des ersten Weltkriegs weiter verstärken sollte. Hindenburg nutzte dieses Verhältnis aus und forderte von Berg auf, beim Kaiser einen Vorstoß gegen den Kanzler Bethmann Hollweg zu machen. Nach dessen Absetzung versuchten die OHL und der Kronprinz den derzeitigen Chef des Geheimen Zivilkabinetts, Valentini, durch von Berg zu ersetzen. Die Intrigen, die im Sommer 1917 gegen Valentini einsetzten, trugen endlich ihre Früchte, als von Berg im Januar 1918 dessen Posten übernahm.

Der neue Chef des Geheimen Zivilkabinetts entfaltete großen Einfluß auf die Entscheidungen des Kaisers, was durch dessen Unstetigkeit und Schwäche erleichtert wurde. Hindenburg und Ludendorff betrachteten von Berg als ihren verlängerten Arm beim Kaiser, der die Interessen der OHL vertreten sollte. Als politischer Berater des Kaisers kam er in Kompetenzschwierigkeiten mit dem Reichskanzler und in Konflikt mit der Reichsverfassung. Vor allem in außenpolitischen Angelegenheiten, die nicht in